

15. Abgeordneter
Rainder Steenblock
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Was ist der aktuelle Stand zu den EU-Ukraine-Verhandlungen bezüglich EU-Einreise-Visa für ukrainische Staatsbürger, und welche konkreten technischen Schwierigkeiten und Schritte sind noch zu überwinden, abgesehen politischer Überlegungen?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Peter Altmaier vom 3. April 2009

Das Visumerleichterungsabkommen der EU mit der Ukraine ist am 1. Januar 2008 in Kraft getreten. Eventuelle Probleme werden in dem durch Artikel 12 des Visumerleichterungsabkommens eingerichteten Gemeinsamen Ausschuss zur Verwaltung des Abkommens besprochen, der nach Bedarf tagt. Die letzte Sitzung fand am 28. November 2008 in Brüssel statt.

Daneben führt die EU einen Visumdialog mit dem langfristigen Ziel der Visumfreiheit für die Ukraine. Der Dialog findet in vier thematischen Blöcken statt (Dokumentensicherheit, illegale Migration/Rückübernahme, Öffentliche Sicherheit und Außenbeziehungen). Zuständig für den Visumdialog ist ausschließlich die Europäische Kommission (KOM), die dem Rat nach Abschluss der Gespräche einen Vorschlag zur Änderung der Verordnung (EG) Nummer 539/2001 (Visumverordnung) vorlegen wird. Diesbezüglich existieren keine zeitlichen Vorgaben. Erste Arbeitstreffen der KOM mit Vertretern der Ukraine zu den einzelnen Dialogblöcken haben stattgefunden.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

16. Abgeordnete
Mechthild Dyckmans
(FDP)
- Ist der Antrag zur Förderung des Forschungsvorhabens zur Einführung eines EU-weiten „Letter of Rights“, der laut Schreiben der Bundesministerin der Justiz vom 26. Juni 2008 an den Abgeordneten des Deutschen Bundestages Dr. Max Stadler im Mai 2008 an die Europäische Kommission gestellt wurde, inzwischen bewilligt worden, und wann kann mit Ergebnissen aus dem Forschungsvorhaben gerechnet werden?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Alfred Hartenbach vom 3. April 2009

Der unter dem Projekttitel „EU-wide Letter of Rights in Criminal Proceedings. Towards best practice“ gestellte Antrag wurde von 51 im vergangenen Jahr durch die Kommission angenommenen Projekten mit Abstand am besten bewertet. Am 5. März 2009 wurde die Finanzhilfvereinbarung mit der Kommission geschlossen. Das Forschungsvorhaben wird von Prof. Dr. Taru Spronken von der Universität

Maastricht durchgeführt. Die Ergebnisse des Projektes werden voraussichtlich im Herbst 2010 vorliegen.

17. Abgeordneter
Kurt J. Rossmannith
(CDU/CSU)
- Wie viele Ermittlungsverfahren deutscher Staatsanwälte wegen Tötungsdelikten bei der Vertreibung der Ost- und Sudetendeutschen sind seit dem 1. Januar 2009 anhängig (bitte aufgeschlüsselt nach Bundesland, Staatsanwaltschaft, Datum und Stand der Ermittlung/des Verfahrens bzw. Verurteilungen)?

**Antwort des Staatssekretärs Lutz Diwell
vom 7. April 2009**

Der Bundesregierung liegen hierzu keine Erkenntnisse vor.

18. Abgeordneter
Kurt J. Rossmannith
(CDU/CSU)
- Wie bewertet die Bundesregierung, für den Fall, dass solche Zahlen nicht oder nur auf Landesebene vorliegen, das Fehlen aussagefähiger Informationen über diesen Problembereich, und zieht die Bundesregierung die Einrichtung einer Sonderstaatsanwaltschaft in Erwägung?

**Antwort des Staatssekretärs Lutz Diwell
vom 7. April 2009**

Die Bundesregierung weist darauf hin, dass auch für die Erhebung statistischer Daten in der Praxis nur begrenzte Kapazitäten zur Verfügung stehen und damit statistische Angaben stets nur zu ausgewählten Fragen zur Verfügung gestellt werden können.

Die Bundesregierung zieht die Einrichtung einer „Sonderstaatsanwaltschaft“ nicht in Betracht.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

19. Abgeordnete
Cornelia Behm
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Warum sieht die Bundesregierung keine Maßnahmen zum Erhalt und zur Pflege baulicher Zeugnisse der deutsch-deutschen Teilung, wie Beobachtungstürme, Denkmäler, Grenzabfertigungsanlagen, auf Grundstücken der ehemaligen Grenze vor, die sich im Besitz der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben oder der Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH befinden, und warum trifft sie keine Festlegungen zum Erhalt und zur Pflege dieser Bauwerke beim Verkauf dieser Grundstücke?